

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Bed'sche Buchdruckerei
Dito Bed.

Inserate: Kleine Letzterzeile 20 Pfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 268.

Donnerstag, den 14. November 1918.

75. Jahrgang.

Das Programm der Regierung

Das Sechsmännerkollegium, das jetzt in Deutschland die gesamte Staatsgewalt in seinen Händen vereinigt — Ebert, Scheidemann, Landsberg von den Mehrheits-Partei, Dittmann von den unabhängigen Sozialisten, Barth von der noch weiter links stehenden Gruppe — geht frisch an die Arbeit, das muß man sagen. Am Sonntagabend vom 10. Nov. gewählt, veröffentlicht es bereits nach zweimal vierundzwanzig Stunden ein ausführliches Programm. Die Herren hatten dabei allerdings insofern leichtes Spiel, als sie in der Hauptsache nur in die reichgefüllte Vorratskammer ihrer Parteiforderungen zu greifen brauchten, deren Verwirklichung sie auch ganz offen als die Aufgabe der neuen, rein sozialistischen Regierung bezeichnen. Daß diese aus der Revolution hervorgegangen ist, wird gleich zu Beginn der Rundgebung mit klaren Worten festgestellt. Damit soll gesagt sein: Wir fühlen uns an keinen früheren und an keinen bestehenden Rechtszustand gebunden, wir sind vollkommen souverän, zu tun und zu lassen, was uns richtig oder notwendig erscheint, wir können und wir werden deshalb die neue Zukunft des Volkes, die wir begründen wollen, so herrichten, wie es unseren Grundsätzen entspricht, und fühlen uns dabei los und ledig der Rücksichten, an welche die bisherigen Regierungen der Vergangenheit sich banden.

Und so folgen denn auch sofort neun Punkte, von denen gesagt wird, daß sie schon jetzt mit Gesetzeskraft verhängt werden. Also: der Reichstag ist beseitigt, der Bundesrat gehört der Geschichte an. Die neue Regierung beschränkt sich nicht auf die Ausarbeitung von Vorlagen, die sie den gesetzgebenden Körperschaften vorlegt. Die Gesetzgebung ist auch ihres Amtes, vorläufig wenigstens, solange der Reichstag noch nicht in der deutschen Nationalversammlung einen den Grundsätzen der freien Revolution entsprechenden Nachfolger erhalten hat. Wenn man die neun Punkte indessen näher durchsieht, so erkennt man bald, daß sie überwiegend nur der Beseitigung außergewöhnlicher Zustände dienen. Darunter sind: der Belagerungszustand wird aufgehoben, was nur in Ordnung ist, da der Krieg zu Ende ist und außerordentliche Vollmachten, wenn die neue Regierung ihrer bedürfen sollte, jeden Augenblick zu haben wären. Zweitens: Freiheit des Vereins- und Versammlungswesens, auch für Beamte und Staatsarbeiter; gleichfalls eine Selbstverständlichkeit für eine revolutionäre Regierung. Drittens: Aufhebung der Zensur — Gott sei Dank kann man dazu nur sagen, in allen Parteien. Viertens: Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift steht schon in der preussischen Verfassung. Aber gerade im Augenblick von besonderer Bedeutung, weil diese Freiheit seit den Tagen der Revolution in Berlin wie im Reich eine Anzahl von verbreiteten Tagesblättern mit mehr oder minder sanfter Gewalt durch Eingriffe bestimmter Gruppen beschränkt oder genommen wurde. In Berlin waren es vielleicht ein halbes Dutzend, die jetzt wieder freigegeben sind; in Hamburg, in Frankfurt a. M., in München wird wohl auch in dieser Beziehung die Ordnung wiederhergestellt sein. Fünftens: Freiheit der Religionsübung, auch aller Religionsübung in Preußen-Deutschland. Sechstens: Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird, im wesentlichen, aufgehoben; was wohl auch ohne weiteres ertragen werden kann, da sein Rechtsgrund, der Kriegszustand, aufgehört hat. Das gleiche gilt von der Wiederherstellung der Arbeiterversicherungsbestimmungen, die bei Beginn des Krieges aufgehoben wurden. Bleiben noch zwei Punkte: Erweiterung der Amnestie auf alle politischen Straftaten und Niederlegung der wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren und endlich die Befristung der Verordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmebestimmungen gegen die Landarbeiter. Was insofern besonders interessant ist, als es zeigt, daß die neuen Herren auch die bisherigen Grenzen zwischen Reichs- und Landesgesetzgebung als beseitigt ansehen. Gedacht ist dabei natürlich in erster Reihe an die alte preussische Befristungsordnung, von der wirklich kein Segen mehr ausgeht.

Aber nun weiter: der Rest ist wirklich Programm. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achttundige Maximalarbeitsstag in Kraft treten. Eine Forderung, so alt wie die sozialdemokratische Partei, der im gewerblichen Leben schon vielfach teils auf gesetzlichem Wege, teils durch freie Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Geltung verschafft worden ist und deren allgemeine Einführung gerade jetzt durchaus zu rechtsergütend ist, weil der Kräfte- und Gesundheitszustand unseres Volkes nach den schweren Leiden der Kriegszeit ganz besonderer Schonung bedarf. Dann kommen alle die Gebiete, die schon die letzten Regierungen auf das angelegentlichste beschäftigten: Ausreichende Arbeitsangelegenheit für die nächste Zeit, Unterhaltung der Erwerbslosen, Erweiterung der Krankenversicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mark, Bekämpfung der Wohnungsnot, Sicherung einer geregelten Volksernährung, Aufrechterhaltung einer geordneten Produktion, Schutz des Eigentums gegen private Eingriffe, der Freiheit und Sicherheit der Person — lauter gute alte Bekannte, die auch den nicht-sozialistischen Schichten des deutschen Volkes durchaus willkommen sein werden. Zum Schluss das Allgemeine, gleiche Verhältniswahlrecht zu allen öffentlichen Körperschaften, für alle mindestens 20 Jahre alten Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts. Das ist allerdings eine Radikalur. Zum Schluss werden für die konstituierende Versammlung noch nähere Bestimmungen in Aussicht gestellt.

So sieht der Anfang aus. Danach haben wir keinen Grund, gutlos zu werden. Das Alte ist nun einmal vor-

über, und auch wer sich vor dem Sprung ins Dunkle fürchtet, wie vor der Sünde, muß ihn wagen. Wir wollen den Kopf nur oben behalten und bauen helfen, wo und soweit wir es können. Jedenfalls: wir haben tatkräftige Männer an der Spitze des Reiches, das ist schon viel, sehr viel wert. Nichts ärgeres könnte uns jetzt zustößen, als die Fortdauer der vielbesagten früheren Kraftlosigkeit. Auch für das Bürgerturn wird bald die Gelegenheit gegeben sein, seine Rechte und Interessen in geordneten Bahnen zur Geltung zu bringen. Dann muß es gelingen, aus dem Zusammenbruch wieder ein lebensfähiges deutsches Reich aufzurichten.

Die Erklärungen Hindenburgs.

Übergabe unserer Kriegsschiffe. — Befehle von Helgoland.

Die zum Hauptquartier der Obersten Seereschiffahrt gereichten Vertreter des Kölner AuSR. geben nach ihrer Rückkehr Erklärungen über das Resultat der Unterredung mit Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

Der Feldmarschall hält es für seine Pflicht, auf seinem Posten zu bleiben, bis das Meer in seine Heimat zurückgeführt ist. Die vielfach erörterte Frage, wann die feindliche Besetzung in den Helinfestungen zu erwarten sei, wird von der Obersten Seereschiffahrt auf das Bestimmteste dahin beantwortet, daß mindestens 31 Tage vergehen werden. Die Oberste Seereschiffahrt und der deutsche Kronprinz haben sich fortgesetzt über die Umwälzung im Volk und den Zusammenbruch der Kölner Garnison unterrichten lassen.

Auf Grund der Kölner Vorgänge wurden im Großen Hauptquartier außerordentlich weittragende Beschlüsse gefaßt und auf Anregung des Großen Hauptquartiers sofort in der Etappe und an der Front Soldatenräte nach Kölner Muster gebildet. Dadurch wurde eine ungeheure Katastrophe verhindert.

Bei Verzögerung der Schiffübergabe wird Helgoland besetzt.

Auf Grund der Bestimmungen zum Waffenstillstand (Unterzeichnung deutscher Kriegsschiffe in neutralen Häfen oder solchen der Verbündeten) sind von England zunächst folgende Kriegsschiffe namhaft gemacht: „Bavaria“, „König“, „Großer Kurfürst“, „Kronprinz Wilhelm“, „Markgraf“, „Friedrich der Große“, „König Albert“, „Kaiserin“, „Kaiser“, „Prinzregent Luitpold“, „Hindenburg“, „Derflinger“, „Seydlitz“, „Moltke“, „Von der Tann“, „Brummer“, „Brenne“, „Köln“, „Dresden“, „Emden“, „Frankfurt“, „Bliesbaden“, 60 moderne Zerstörer. Die Abfahrt muß bis zum 18. November 6 Uhr vormittags erfolgen. Das Ziel ist noch nicht bekannt. Die Schiffe sollen mit reduzierter Besatzung fahren und ohne Munition.

Der deutschen Waffenstillstandsdelegation ist folgender Zusatz zu dem Vertrag zugegangen: Mit Rücksicht auf die neuen Ereignisse wird den Bedingungen des Waffenstillstands zur See hinzugefügt: Falls die Fahrzeuge nicht in den bezeichneten Häfen übergeben werden sollten, werden die Regierungen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten das Recht haben, Helgoland zu besetzen, um ihre Übergabe zu sichern.

Das französische Torpedoboot „Mangini“ und das englische Torpedoboot „Star“ sind in die Dardanellen eingefahren, um sich nach Konstantinopel zu begeben. Die französische Marinebrigade in Syrien besetzt am 9. November Alexandrette.

Die abgewiesenen polnischen Marodeure.

Der Posener AuSR. erließ eine Bekanntmachung, nach der durch Gerüchte vom Anmarsch polnischer Regimenter die Bevölkerung demütigt wurde. Der AuSR. hat sofort eine Kommission, der sich unter Führung des Abgeordneten Dr. Seyda die Vertreter der polnischen Reichstags- und Landtagsfraktionen angeschlossen haben, nach der Landesgrenze abgesandt. Die polnischen Abgeordneten erklärten, daß sie es auf keinen Fall zu einem Zusammenstoß mit den deutschen Soldaten kommen lassen werden.

In ganz Oberschlesien verbreitet sich das Gerücht, daß eine mehrtausendköpfige Volkseigenenbande fegend und plündernd auf dem Wege nach Oberschlesien sei und die Grenze bereits überschritten habe. Wie man von zuständigen Stellen erfährt, waren die Gerüchte übertrieben. Dessen ungeachtet aber wurde zum Schutz der Grenze vor etwaigen Einfällen solcher Vandalen eine starke Grenzbeobachtung aufgebaut, so daß vorläufig eine Gefahr nicht mehr besteht.

Aus Preußen wird gemeldet: Die in Oberschlesien eingedrungenen polnischen Vandalen wurden von Teilen des 51. Inf. Regiments über die Grenze geworfen, so daß die Ruhe wiederhergestellt werden konnte.

Die Rattowitzer Zeitung meldet: Die Meldungen der Berliner Abendblätter über das Eindringen polnischer Räuberbanden in Oberschlesien entbehren der Grundlage. Es erscheint ausgeschlossen, daß bolschewistische Räuberbanden über die Grenze kommen.

Der Übertritt Wilhelm II. nach Holland.

Berlin, 13. November.

Die Nationalzeitung behauptet, während das deutsche Volk noch immer auf einen leidlichen Ausgang des Krieges hoffe, habe bei Wilhelm II. und seiner Umgebung die Gewissheit vom kommenden Zusammenstoß schon länger bestanden. In aller Stille seien Vorbereitungen für den Übertritt ins neutrale Ausland getroffen worden. Daß im Inlande sorgfältig gewachte Geheimnisse bei der Entente nicht verborgen geblieben. Während anfänglich das Schloß Wilddachten bei Arnheim als Aufenthaltsort außer-

sehen war, sei später Amerongen bei Utrecht in Betracht gezogen worden, das einem Onkel des Besitzers von Wilddachten gehöre, der außerdem noch acht Schlösser besitzt. Mit der Familie Bentinck sei der Kaiser schon lange bekannt, ein älterer Bruder des jetzigen Gastgebers für Wilhelm II. sei britischer Oberleutnant gewesen und seine Söhne dienten in der englischen Armee. Die ganze Familie Bentinck habe starke Beziehungen nach England.

Auslieferung Wilhelms II. verlangt.

Amsterdam, 13. Nov. Dem „Algemeen Handelsblad“ wird von seinem Londoner Korrespondenten telegraphiert, daß von vielen Seiten, auch von sehr gemäßigten, gegen den Aufenthalt des Kaisers in Holland energisch protestiert wird. Man verlange allgemein seine Auslieferung an die Alliierten. „Morning Post“, „Times“ und „Daily Mail“ sagen, der Kaiser müsse wie Napoleon I. auf Lebenszeit interniert werden.

Zusammenkunft mit Vertretern der englischen Flotte.

Wilhelmshaven, 13. Nov. (WB) Der kleine Kreuzer „Königsberg“ ging um 1 Uhr mittags mit den Bevollmächtigten des Arbeiter- und Soldatenrates der Flotte zur Zusammenkunft mit den Vertretern der englischen Admiralität in See. Den Vertretern ist eine Vollmacht gegeben worden, in der es heißt: Der Arbeiter- und Soldatenrat der Nordsee-Station und der Flotte erteilt hiermit dem Obermatrosen Wilhelm Wengers, dem Obersteuermann Alfred Jahn und dem Torpedobootmaschinenmaat Rohrmann die Vollmacht, im Namen des Arbeiter- und Soldatenrates der Nordsee-Station, dem sich die Flotte unterstellt hat, an den Beratungen über die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen teilzunehmen und Verträge abzuschließen. Unterzeichnet ist die Vollmacht vom Präsidenten der Republik Oldenburg, Bernhard Ruhn, und dem Chef der Hochseestreitkräfte, von Hipper. Jahn nimmt nur als sachverständiger Berater an den Verhandlungen teil, während das ausführende Organ der Arbeiter- und Soldatenrat ist.

Die Armee Makenzens auf dem Heimwege.

Budapest, 13. Nov. (WB) Der Kriegsminister Barthly erklärte einem Mitarbeiter des „Bester Lloyd“ über die militärische Lage: Die deutschen Truppen der 11. Division, die in Temesvar des Abtransportes harrten, konnten wegen des Waggomangels noch nicht heimbeordert werden. Diese Truppen bewahren absolute Ruhe und Ordnung und zeigen ein durchaus tadelloses und einwandfreies Benehmen. Erst aus ungarischen Quellen erfuhren sie Näheres über die Ereignisse in Deutschland. Was die Armee von Makenzen betrifft, so ist darüber nur soviel bekannt, daß sie den Heimweg antritt und sich deshalb in einer entsprechenden Richtung bewegt.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 13. Nov. Nach einer Meldung des deutschen Verbindungsoffiziers in Budapest hat die ungarische Regierung der ersten Armee und der Armee Makenzen je sechs Züge täglich zum Abtransport zur Verfügung gestellt.

Berlin, 13. Nov. Ein Ausschuss des Soldatenrates hat die Einsetzung von Standgerichten beschlossen. Ein russischer Bänderer wurde bereits im Polizeipräsidium standgerichtlich erschossen.

Berlin, 13. Nov. Feldpostsendungen nach dem Westen werden nicht mehr angenommen. Aufgegebene Sendungen werden den Absendern zurückgegeben.

Leipzig, 13. Nov. Wie verlautet, sind Oberst Winkler und Oberleutnant Freise, sowie zehn andere höhere Offiziere angesichts des widerrechtlichen Geistes im Offizierskorps auf Befehl des AuSR. verhaftet worden.

Gaag, 13. Nov. Aus Paris wird gemeldet: Die Ministerpräsidenten der alliierten Mächte werden demnächst in Versailles zusammenkommen, um die verschiedenen Probleme zu behandeln, die mit dem Frieden im Zusammenhang stehen.

Die politische Neuordnung.

Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates.

Berlin, 13. November.

Gestern konstituierte sich im Gebäude des preussischen Herrenhauses der Vollzugsrat des AuSR. Diese Körperschaft besteht aus 28 Mitgliedern, 14 Soldaten und 14 Arbeitern. Die Mehrheitssozialisten und die unabhängigen Sozialdemokraten sind mit je 7 Mitgliedern vertreten. Trotz dieser Zahlenungleichheit meint man, daß die Grundsätze und Anschauungen der sozialdemokratischen Mehrheit im Vollzugsrat überwiegen werden. Es muß im Zusammenhang damit bemerkt werden, daß die Soldaten schon bei den Wahlen am Sonntag die gemäßigste Richtung vertraten und ihr zum Siege verholfen. Jedenfalls scheinen die Grundsätze der Mehrheitssozialisten richtunggebend zu sein.

Die politische Reichsleitung wird dem Vollzugsrat für ihre Regierungshandlungen verantwortlich sein. Unter anderem wird die Regierung keine Befehle von höheren Staatsämtern vornehmen können ohne die Zustimmung des Vollzugsrates. Der Vollzugsrat wird täglich Sitzungen abhalten und es sich zur Aufgabe machen, gemeinsam mit der Regierung die brennendsten Lebensfragen zu lösen, denen Deutschland zurzeit gegenübersteht: die Wiederherstellung der Ordnung und Schaffung eines festen, sicheren und zuverlässig arbeitenden Staatsorganismus, Lösung der Ernährungsfragen, Demobilisierung, Friedensschluß

Grenze 80 Kilometer östlich des Stromes verlaufen sollte. Die Bedeutung, die diese Maßnahme unter Umständen gehabt hätte, geht deutlich aus der Tatsache

Die Reichsregierung hat den Wunsch, die staatlichen Eingriffe zur Sicherung der Volksernährung auf das absolut Notwendige zu beschränken in der Erkenntnis, daß Freiwilligkeit und Selbstverwaltung schneller und besser zum Ziele führen als die beste bürokratische Organisation. . . . Die ländliche Bevölkerung kann versichert sein, daß die Reichsregierung sie nachdrücklich schützen wird vor allen willkürlichen Eingriffen in ihre Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Wenn der Hunger niemand aus der Stadt auf Land treibt und die von der Front zurückstehenden Soldatenessen regelrecht versorgt werden können, wird es solcher Schutzmaßnahmen gar nicht bedürfen. Deshalb ist die freiwillige Lieferung der erforderlichen Lebensmittelmengen das

...wichtige Schutzmittel vor Störungen der Ruhe und Ordnung
...dem Lande und garantiert auch am besten den ungestörten
...Gang der ländlichen Betriebe. ...

Wilson gegen die Bolschewisten.

Die Lebensmittel für Deutschland.

Rotterdam, 13. November.

Nach einer Drahtmeldung aus Washington hat Präsident Wilson in einer Ansprache an den Kongress die Lebensmittellieferungen offiziell bekanntgegeben und dabei nochmals Lebensmittellieferungen für Deutschland angekündigt. Wilson geht dabei von der Ansicht aus, daß Hunger keine Reformen erzwingt, sondern Wahnsinn und langwierige Auswüchse, die eine geordnete Weiterentwicklung unmöglich machen. Die Lebensmittellieferung soll mit Hilfe deutscher Schiffe erfolgen und sobald wie möglich in die Wege geleitet werden. Auch die Verbündeten der Vereinigten Staaten haben dieser Maßregel zugestimmt. Sie alle und besonders Wilson lassen sich dabei von dem Gedanken leiten, daß Ruhe und Ordnung im neuen deutschen Reich die beste Gewähr gegen ein weiteres Umsichgreifen des russischen Bolschewismus sind, den sie mit allen Mitteln bekämpfen sollten. Erziele vollbringen nichts, betont Wilson in seiner Ansprache mit Nachdruck, wie auch das unglückliche Rußland jüngst reichlich bewiesen habe. Die bemerkenswerte Ansprache des Präsidenten schließt mit dem Hinweis darauf, daß die Gegenwart und die Zukunft den Regierungen gehört, die ihre Selbstbeherrschung und den ordnungsmäßigen Gang der Geschäfte bewahren. Die Völker, die eben erst aus dem Joch der Willkürlichkeit herausgekommen sind, und die jetzt endlich in den Besitz ihrer Freiheit gelangen, werden die Blöße der Freiheit, die sie suchen, niemals finden können, wenn sie es beim Scheitern der Fäden tun. Sie werden finden, daß jeder Weg, der mit dem Blute ihrer eigenen Brüder besudelt ist, in die Wildnis und nicht zum Siege ihrer Hoffnung führt.

Kommunistische Erzele in Wien.

Der vollzogene deutsch-österreichische Anschluß.

Wien, 13. November.

Nach kürzerer Beratung ist die Nationalversammlung den Beschlüssen des Staatsrates über den Anschluß der deutsch-österreichischen Republik an das Deutsche Reich beigetreten. Der Anschluß wurde in folgender Form bekanntgegeben:

Die Nationalversammlung hat in der heutigen Sitzung den vom Staatsrat vorgeschlagenen Gesetzentwurf, betreffend die Proklamation der Deutsch-Österreichischen Republik als Bestandteil der Deutschen Republik unter begeisterten Beifall einstimmig angenommen.

Das Parlamentsgebäude war von dichten Menschenmassen umlagert und die organisierte Arbeiterkraft unternahm einen großen Umzug. Als Staatsrat Remer sich auf die Rampe begab, um die Beschlüsse der herrschenden Menge zu verkünden, rief eine Gruppe von Kommunisten, die vorher schon Schimpfblätter gegen die offizielle Demokratie verteilt hatte, Störungen hervor.

Gezerrt mit der roten Garde.

Wald entstand eine wilde Schieberei vor dem Parlamentsgebäude. Schon stürmten ausrüstete Soldaten, geführt von einem Offizier, gegen den Eingang, pflanzten dort die Bajonette auf ihre Gewehre und riefen: „Heraus mit den Schwarzen!“ In diesem Augenblick fiel ein Pistolenschuß aus der Gruppe, die auf der Rampe stand. Das war das Signal zum Angriff der roten Garde, die auf den Stufen des Reichsratsgebäudes Stellung nahm, gegen die Rampe vorging und das Feuer eröffnete. Die zwanzig Mann, die einen Aufbruch versucht hatten, indem sie ständig gegen den Eingang des Parlamentsgebäudes schossen, verließen in das Gebäude zu gelangen. Unter der Menge entstand eine fürchterliche Panik. Die Volkswache, welche die Fahrbahn vor dem Parlament freihält, drängte nun gegen das Gebäude vor und eröffnete ein lebhaftes Feuer in die Luft, um die Menge zu zerstreuen. Mehrere Personen wurden getroffen, zahlreiche durch Querschüssen über andere Unglücksfälle verletzt. Die rote Garde ist für eine kommunistische Republik, ist aber in der Minderzahl gegenüber der Volkswache, die zur demokratischen Republik steht. Nachdem die Volksmenge gestoben war, trat etwas Ruhe ein, jedoch ist die Lage bis zur Stunde noch nicht geklärt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Bei der Auflösung der deutschen Verwaltung in Polen ist eine Vereinbarung zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zustande gekommen. Alle Meldungen von blutigen Zusammenstößen zwischen deutschen Soldaten und polnischen Legionären sind übertrieben.

+ In längeren Ausführungen wendet sich Scheidemann gegen Lloyd George. Letzterer predigt nämlich immer noch die Vernichtung des deutschen Volkes, weil es an der Kriegspolitik der alten Regierung mit Schuld sei, und dreht dagegen die Einigkeit des englischen Volkes und Reiches. Scheidemann erklärt beides für unwahr. Besonders die gezielte englische Einigkeit bestehe ganz und gar nicht, auch dort hätten es Volk, Meer und Flotte längst satt, sich von den Kapitalisten weiter für ihre Zwecke mißbrauchen zu lassen. Das deutsche Volk, sagt Scheidemann, ist in diesen Tagen dabei, Lloyd George zu beweisen, daß seine selbstgegebene Ordnung dieser furchtbaren Not voll standhält. An dem englischen Volk und den anderen Völkern der Entente wird es sein, die Stunde der Weltbefreiung zu einer unabweisbaren Abgabe an den Imperialismus ihrer Regierungen zu benutzen.

+ Der Tod der Königin von Bayern erfolgte in Berchtesgaden in ihrem 70. Lebensjahre. Die Verstorbenen war eine geborene Herzogin von Österreich-Este, Modena und war die letzte des Stammes der Medici.

+ Die preussische Regierung (gen. Virchow, Ströbel) hat an alle Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet:

In einer Reihe von Stadtgemeinden ist die Stadtverordnetenversammlung und sind die Deputationen aufgehoben, und an ihre Stelle sind für die gesamte Gemeindevverwaltung die zur Durchführung der Revolution gebildeten Organe gesetzt worden.

Ein derartiges Vorgehen widerspricht den grundlegenden Grundsätzen der neuen Zentralorgane in Reich und Staat. Es gefährdet aus höchster den ruhigen Fortgang der Volksernährung, der Unterhaltung bedürftiger Familien, der Krankenfürsorge und aller übrigen kommunalen Aufgaben.

Selbstverständlich können grundlegende Änderungen in der Organisation einzelner Gemeindeverwaltungen nur insoweit einseitigen gesetzgeberischen Vorgehens erfolgen. Nachdem

am heutigen Tage der Rat der Volksbeauftragten ein bestimmtes Programm für Wahlen zu öffentlichen Körperschaften vorgelegt hat, bleibt bis zu dessen Durchführung die bisherige Organisation in allen Stadtgemeinden und sonstigen Kommunalverbänden bestehen.

Holland.

+ Der Kampf um die Macht hat auch in der zweiten Kammer eingesetzt. Hier erklärte der sozialistische Arbeiterführer Troelstra, die sozialistische Arbeiterpartei verlange nicht nur etwas mehr oder weniger Reformen in dem augenblicklichen Regime, sondern sie verlange jetzt den Besitz der Macht. Die Bewegung, über die sich das niederländische Volk nächsten Sonntag aussprechen werde, werde zeigen, daß heute andere Dinge verlangt werden. Troelstra sagte weiter, er werde niemals eine vollkommene Verbesserung der sozialen Zustände erreichen, solange die bürgerlichen Elemente am Ruder bleiben. Wenn wir leben, was jetzt im Osten geschehen ist, dann müssen wir den rechten Augenblick ergreifen, die Macht an uns zu reißen. Troelstra sprach seine Freude darüber aus, daß sein Parteigenosse Ebert in Deutschland das Ruder in die Hände genommen hat.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 13. Nov. Wie von gutunterrichteter Seite verlautet, nimmt an Stelle des zurückgetretenen Staatssekretärs Dr. Waldstein die Leitung des Reichskultusamtes und dem ehemaligen Staatssekretär Dr. Dornburg die Leitung des Reichsfinanzamtes an.

Berlin, 13. Nov. Dem Vernehmen nach hat die sozialistische Regierung dem fortschrittlichen Abgeordneten Justizrat Dr. Waldstein die Leitung des Reichskultusamtes und dem ehemaligen Staatssekretär Dr. Dornburg die Leitung des Reichsfinanzamtes angeboten.

Berlin, 13. Nov. Der sozialdemokratische Schriftsteller und Herausgeber einer Korrespondenz Kurt Bahr ist zum Chef der Reichskasse ernannt worden.

Berlin, 13. Nov. Nach einem Regierungserlaß dürfen alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften in Zukunft nicht mehr nach dem Dreiklassenstimmrecht stattfinden.

Dessau, 13. Nov. Staatsminister Dr. Gutschmidt ist zurückgetreten. Als sein Nachfolger kommt dem Vernehmen nach in erster Linie der Vertreter des 1. anhaltischen Wahlkreises im Reichstag, Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Heine, in Frage.

Reichenberg i. S., 13. Nov. Die Landesregierung für Deutsch-Böhmen richtete an den Präsidenten Wilson eine Forderung, in welcher sie im Namen von zweieinhalb Millionen gegen die Vergewaltigung „deutsch-böhmischen Staatsgebietes“ durch tschechisch-slowakische Truppen Protest erhebt.

Paris, 13. Nov. Die französischen Behörden haben eine ganze Anzahl von Wohnungen reichsdeutscher, welche Frankreich verlassen haben, zur Unterbringung von französischen Familien aus der Kriegszone requiriert.

Vom Tage.

Preussisches Kronvermögensvermögen beschlagnahmt.

Berlin, 13. Nov. Die preussische Regierung erläßt folgende Bekanntmachung: Sämtliche zum preussischen Kronvermögensvermögen gehörige Gegenstände werden hierdurch mit Beschlagnahme belegt. — Die Verwaltung wird dem preussischen Finanzministerium übertragen. — Das nicht zum Kronvermögensvermögen gehörige, im Sondervermögen des Königs und der königlichen Familie stehende Vermögen wird hierdurch nicht berührt.

Die Besetzung Helgolands wahrscheinlich.

Berlin, 13. Nov. Der Anlauf zu den Waffenstillstandsbedingungen, wonach bei nicht rechtzeitiger Ankunft der zu übergebenden deutschen Schiffe am 18. November Helgoland besetzt werden soll, wird wahrscheinlich Tatsache werden. Die Besetzungen der Schiffe, namentlich die 11. Boot-Teile, weigern sich entschieden, an Bord zu gehen, da sie die Internierung fürchten. Unter diesen Umständen wird die Besetzung Helgolands durch die Verbündeten kaum vermieden werden können.

Amerikanische Flieger in Köln?

Berlin, 13. Nov. Wie schon von besonderer Seite aus Köln mitgeteilt wird, sind heute im Laufe des Nachmittags mehrere amerikanische Flieger in Köln gelandet.

Der Waffenstillstand zur See.

Wilhelmshaven, 13. Nov. Heute nacht hat durch Funkpruch der Chef der englischen Flotte dem Chef der Hochseeflotte die Anweisung gegeben, sich mit einem Kreuzer an einer bestimmten Stelle einzufinden, um Verhandlungen zur Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen aufzunehmen.

Vorübergehende Besetzung des linken Rheinuferes.

Köln, 13. Nov. Staatssekretär Lausung äußerte in einer Ansprache im Senat, die Besetzung des linken Rheinuferes werde nur eine vorübergehende sein. Je schneller der Frieden mit Deutschland zustande komme, um so schneller werde auch wieder das linke Rheinufer geräumt werden.

Bei der Unterzeichnung der Bedingungen.

Haag, 13. Nov. „Echo de Paris“ gibt Einzelheiten über die Verhandlungen, die der Unterzeichnung des Waffenstillstandes vorangegangen sind. Die Verhandlungen dauerten von nachts ein Uhr bis morgens fünf Uhr. Die deutschen Delegierten verlangten, daß einige Hauptpunkte, die große Härten aufwiesen, gemildert würden. Es wurde ihnen entgegengehalten, daß Bismarck auch Frankreich harte Bedingungen auferlegt hatte, die angenommen werden mußten. Erdröcker unterzeichnete handhaft die Bedingungen, General Winterfeld trübenden Auges.

Verbrüderung der deutschen Truppen mit den Franzosen.

Paderborn, 13. Nov. (WB). Nichtamt.) Der Arbeiter- und Soldatenrat meldet: Die Besatzungen der heute nachmittags 1.30 Uhr von der Front nach hier zurückgekehrten Flugzeuge berichten, daß in den französischen Schützengräben von der belgischen Grenze bis Mons die rote Fahne gehißt ist und daß die deutschen Truppen sich mit den französischen verbrüder haben.

Französische Sozialisten gegen Annexionspläne.

Genf, 13. Nov. Die Pariser Blätter „Humanité“ und „Journal de Peuple“ berichten, die französischen Sozialisten verlangten die Einberufung einer internationalen Konferenz. Sie beabsichtigen, im Parlament auf das entschiedenste gegen imperialistische Pläne auf das linke Rheinufer Stellung zu nehmen.

Ein Soldatenrat in Lyon.

Vern, 13. Nov. Nachrichten aus Lyon bestätigen, daß sich dort ein Soldatenrat gebildet und die militärische Macht an sich genommen hat.

Angebotliche Weiterreise auf englischen Schiffen.

Basel, 13. Nov. Amerikanische Postler erhielten von ungenannten Seite aus der Schweiz die Mitteilung, daß mehrere Teile der englischen Flotte gemeint hätten. Auf mehreren Schiffen befinden sich die rote Fahne.

Ergebnis der 9. Kriegsanleihe.

Ungefähr 10 1/2 Milliarden.

Berlin, 13. November.

Das Ergebnis der 9. Kriegsanleihe beträgt nach den bisher vorliegenden Meldungen ohne die zum Umtausch gelangten älteren Kriegsanleihen 10 Milliarden 337 Millionen Mark. Teilaussagen stehen noch aus, so daß sich der Gesamtertrag noch etwas erhöhen dürfte.

Im Hinblick auf die schwierigen Verhältnisse, unter denen die Kriegsanleihe aufgelegt wurde, muß dieses Ergebnis, wenngleich es an die Resultate der vorangegangenen Anleihen erklärlicherweise nicht heranreicht, doch als höchst befriedigend bezeichnet werden. Die früheren acht Kriegsanleihen hatten das folgende Ergebnis:

1. Kriegsanleihe	4 480 Millionen Mark
2. „	9 106 „
3. „	12 180 „
4. „	10 708 „
5. „	10 669 „
6. „	13 122 „
7. „	12 625 „
8. „	14 768 „

Das Gesamtergebnis, einschl. der 9. Kriegsanleihe, beträgt also 88 1/2 Milliarden.

Verfügung

des stellv. Generalkommandos des XVIII. A.-A.

Trotz der Absperrung der Rheinbrücken muß nach den kurzen Erfahrungen der vergangenen Tage damit gerechnet werden, daß sich in kürzester Zeit in den großen Städten des Westens bedeutende Massen einzeln von der Front zurückkehrender Militärpersonen zusammenballen werden. Dies umsomehr, wenn diese Städte wie Frankfurt, Wiesbaden und Mainz an den großen, nach Osten führenden Verkehrsadern liegen.

Die Folgen sind ohne weiteres klar. Ordnungslöse, ungeordnete Massen, bewaffnet, ohne Arbeit, ohne ausreichende Lebensmittel, womöglich ohne hinreichendes Obdach, Eindringen in die Privatwohnungen, Raub und Plünderungen, Hungersnot und namenloses Elend des gesamten Westens wäre die unausbleibliche Folge.

Das muß vermieden werden!

Ueber Verteilung von Unterkunft und Verpflegung ergeben sich besondere Bestimmungen.

Es kommt aber darauf an, die Massen von den großen anziehungsstarken Städten zum Abfließen zu bringen und in diesen Städten nur soviel Mannschaften unter den Waffen zu halten, als zur Erledigung des Sicherheitsdienstes und zur Durchführung der Demobilisierung nötig sind.

Dazu wird folgendes bestimmt:

I.

Bei den Truppen des Korpsbezirks sind zu entlassen:

1. Angehörige des Landsturmes 2. Aufgebotes,
2. die Angehörigen folgender Arbeitsklassen: a) Eisenbahn-, einschließlich Privat- und Kleinbahnen, b) Schiffahrtswesen (soweit es sich nicht um Angehörige des Schiffs-Ers.-Batt. handelt), c) öffentlicher Verkehr (Straßenbahnen usw.), d) öffentlicher Sicherheitsdienst, e) Bergbau- und Hüttenwesen, f) Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke, g) Beamte der wirtschaftlichen Organisationen, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände (Gewerkschaften und dergl.) und die Arbeitsnachweisbeamten, h) Landwirte.

Ausgenommen von der Entlassung sind:

1. Die Mannschaften der vorgenannten Art, die ihre Entlassung ausdrücklich nicht wünschen, ohne Rücksicht auf ihr Alter,
2. sämtliche Mannschaften der Jahrgänge 1898 und 1899,
3. diejenigen Staatsbahnarbeiter, die sich im Dienstbereich des Fock und der Inspektion der Eisenbahntuppen befinden. Sie verbleiben bis auf weiteres zur Verfügung des Fock in ihrer derzeitigen Tätigkeit,
4. alle diejenigen, die mit einer Geschlechtskrankheit behaftet sind.

Sämtliche Entlassungen haben trotz der durch die Not gebotenen Eile streng nach den Grundsätzen der Demobilisationsinstruktion zu erfolgen. Lassen sich die Verpflegungsansprüche innerhalb von drei Tagen nicht klären, so ist vor der Anerkennung der Stammtafel in diese ein Vermerk aufzunehmen, daß die Betroffenen ihre Verpflegungsansprüche nicht aufgeben. Auf das über Meldepflichten, Entlassungsanträge usw. Gesagte wird besonders hingewiesen.

Bei Abschub der Offiziere und Mannschaften zu ihren Bezirkskommandos oder Ersatz-Truppenteilen sind ihnen alle zuständigen Marsch- und Verpflegungsgebühren auszubehalten.

Diese Entlassungsmaßnahmen werden in den Städten schon etwas Luft schaffen. Dies wird aber nicht genügen für alles, was von der Front nachdrängt, Raum zu schaffen.

II.

Deshalb müssen auch alle einzeln von der Front und der Heimat in einer Garnison des Ortsbezirks eintreffenden Militärpersonen, die keinem Ersatztruppenteil des Korps angehören, unbedingt so rasch als möglich abgeschoben werden.

Mit dieser Aufgabe und allem, was damit zusammenhängt, werden hiermit ausdrücklich die Garnisonkommandos (Gouv.-Kommandanturen) betraut.

Dazu haben diese zunächst im Einvernehmen mit dem zuständigen Arbeiter- und Soldatenräten sinnergemäß gleichlautende Bekanntmachungen, wie die beiliegende durch die Zeitungen und großen öffentlichen Plakatschlag zur Kenntnis aller eintreffenden Militärpersonen zu bringen. Die Verfügung der beiliegenden Bekanntmachung ist dadurch wirksamer zu machen, daß Verpflegung oder Verpflegungsausweise für alle Militärpersonen nur bei den Ersatztruppenteilen oder für die sofort Abzuschiebenden bei einer vom Garnisonkommando eigens dazu einzurichtenden Stelle ausgeben werden.

Von den sich meldenden Leuten sind diejenigen, deren Ersatztruppenteil im Korpsbezirk liegt, diesem zuzuführen. Alle anderen, gleichviel welchen Alters und Berufs, gleichviel auch ohne ihr Bezirkskommando in dem zu besuchenden oder nicht zu besuchenden Gebiet liegt, sind soweit sie nicht bitten wegen Arbeitslosigkeit pp. noch weiter im Heeresdienst bleiben zu dürfen, umgehend zu ihren Bezirkskommandos zu entlassen.

Wer noch im Dienst bleiben will, ist nach Möglichkeit seinem zuständigen, wenn dieser nicht bekannt ist, einem Ersatztruppenteil der betreffenden Garnison zu überweisen.

Von zu ihren Bezirkskommandos zu entlassenden Militärpersonen ist ein Ausweis mitzubringen, aus dem hervorgeht, daß sie auf Befehl des Generalkommandos entlassen worden sind.

Der Abschub hat nach vorheriger Anfrage bei der zuständigen Linienkommandantur nach Transportmöglichkeiten in möglichst geschlossenen Abteilungen von in derselben Richtung Fahrenden zu erfolgen. Die Trupps sind unter Führung verständiger älterer Leute zur Bahn zu bringen.

Er ist aufs Schärffste darauf zu achten, daß vor jedem Weitertransport, handele es sich um einzelne Leute oder Abteilungen, alle Waffen und Munition abgenommen werden.

III.

Um einen Überblick über den Gang der Demobilisierung und das Zurückkommen der Truppen zu gewinnen, melden an jedem ungeraden Tag telegraphisch an das Generalkommando:

1. die Garnisonkommandos, wieviel Offiziere und Mannschaften in dem betr. Zeitraum entlassen und b) wieviel angehörige fremder Truppenteile bei ihnen eingestellt wurden.

Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates.

Das stellv. Generalkommando XVIII. A. R.
geg. Staditz,
Generalmajor.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 14. November 1918.

*** (Erfahrungen im Wertpaketverkehr.)** Bisher ist es aus Mangel an brauchbaren Verpackungsmitteln, Bindfaden, Siegelad usw. den Absendern vielfach nicht möglich gewesen, bei Postpaketen von der Wertangabe Gebrauch zu machen. Infolgedessen blieb bei den jetzigen hohen Preisen der Schadenersatz, der seitens der Postverwaltung auf Grund des Postgesetzes in Verlust- und Beschädigungsfällen zu leisten war, oft hinter dem wirklichen Wert der Sendung zurück. In entgegenkommender Weise hat nun der Staatssekretär des Reichspostamts verfügt, daß vom 15. November ab bei Paketen mit einer Wertangabe bis M. 100,— versuchsweise keine höheren Anforderungen an Verpackung und Verschluss zu stellen sind, als an gewöhnliche Pakete ohne Wertangabe. Insbesondere wird bei den Paketen bis M. 100,— keine Versiegelung mehr verlangt. Dadurch wird es jedem Absender möglich gemacht, Pakete im Werte bis M. 100,— ohne weitere Schwierigkeiten unter Entrichtung der Versicherungsgebühr von 10 Pf. als Wertpakete aufzuliefern. Geht derartige Pakete verloren oder werden sie beschädigt oder beraubt, so wird bei der Ersatzleistung die Wertangabe zu Grunde gelegt, sofern nicht der angegebene Wert den gemeinen Wert der Sendung übersteigt. In diesem Falle wird der letztere ersetzt. Aus Betrüberrücksichten ist bei Paketen bis M. 100,— der Wert nur auf der gelben Pakettarte, nicht aber auf den Paketen selbst anzugeben.

*** Ueber den Rücktransport unseres Front- und Besatzungsheeres** nach der Heimat scheinen in den maßgebenden Stellen endgültige Bestimmungen noch nicht getroffen zu sein. Während man noch vor kurzem amtlich die Ansicht verteilte, es müßten jetzt stündlich sieben bis acht Militärszüge verkehren, um die Heimbeförderung in Angriff zu nehmen und innerhalb der vertragmäßigen Frist zu bewerkstelligen, ist jetzt in Aussicht genommen, daß das Heer zu Fuß bis an unsere Landesgrenze oder wenigstens bis weit nach Belgien hinein ziehen soll, wo dann die größeren Zugtransporte zusammengefaßt werden. Soviel scheint jedenfalls festzustehen, daß von Freitag, 15. d. M., an eine ganz erhebliche Einschränkung des Zivilpersonen-Verkehrs in Aussicht genommen ist, und daß namentlich beabsichtigt ist, daß Zivilreisende nur mit besonderer Genehmigung zum Zugverkehr zugelassen werden.

Frankfurt. Die ersten Wellen der heimkehrenden Hunderttausende von Krieger haben Frankfurt erreicht. Von Stunde zu Stunde schwillt der Strom an. Der Bahnhof bietet ein Bild wie in den ersten Augusttagen 1914. Endlose Eisenbahnzüge rollen ungezählte Scharen aus dem Westen heran. Alle Soldaten sind ohne Waffen, auf dem Rücken ruht der schwere Tourist mit zahlreichen angeknüpften Paketen, den Sturmhelm hat man drücken gelassen; jetzt reist alles in abgeklappter Feldmütze. Die Bahnhofsräume sind überfüllt von den Heimkehrenden; jedes Stöhnen, jede Ban, jeder Stuhl dient als Schlafgelegenheit für die Todmüden und Hungerigen. Unendliche Mähe und noch größeren Lärm kostet es, die formlosen Massen zu leiten, zu beruhigen, und oft vor Schlimmem zu bewahren. Die Eisenbahnzüge endlos lang, die ins Reich fahren, führen die fünfstellige Zahl der höchsten Personenbelastung mit. Auf der Maschine, in dem Packwagen stehen sie, in den Abteilen liegen sie „eingepöbelt“, auf den Puffern, den Dächern und den Trittbrettern hängen sie; nach Hause lautet die Parole! Dazu die kalten Nächte! Leider sind schon einige Unfälle bekannt geworden, daß die an den Jügen „hängenden“ Soldaten vor Erstarrung während der Fahrt abgefallen sind. Zivilreisende sieht man in diesem duntbewegten sich stündlich ändernden Bilde kaum mehr. Feldgrau ist das Kolorit dieser großen, schmerzigen Tage. Nach Hause eilen die Helden der Westfront nach 51 Monaten Heldenkampfes — an des Landes Grenze aber tauchen die Feinde auf.

Höchst a. M., 13. Nov. Eine vom A- und S-Rat einberufene Versammlung der Industriellen und Gewerbetreibenden des Kreises Höchst beschloß heute, die heimkehrenden Krieger wieder einzustellen und in jeder Weise unter den neuen Verhältnissen an dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens mitzuwirken.

Letzte Nachrichten.

Auflösung des Abgeordneten-, Abschaffung des Herrenhauses.

Berlin, 14. Nov. (ZM) Wie verlautet, beabsichtigt die neue preussische Regierung, sobald sie endgültig konstituiert ist, das Abgeordnetenhaus als aufgelöst und das Herrenhaus als abgeschafft zu erklären.

Weitere Amnestien.

Berlin, 14. Nov. (ZM) Wie der „Lokalanzeiger“ hört, schweben zur Zeit Erwägungen, die bereits erlassene Amnestie

auch auf andere Vergehen, also nicht nur auf politische auszu-dehnen, wenn in den Urteilen ausdrücklich anerkannt wird, daß den Verurteilten als Milderungsgrund ein durch die Kriegsverhältnisse verursachter Notstand zur Seite steht.

Französischer Gruß an die deutsche Republik.

Genf, 14. Nov. (ZM) Die französische sozialistische Partei und der allgemeine Arbeiterverband haben eine große Versammlung abgehalten, um die deutsche Revolution zu begrüßen. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Tagesordnung an: Die im Syndikatsgebäude versammelten Arbeiter des Departements der Seine begrüßen die Revolution, die als Folge der Niederlage des Militarismus den Thron gestürzt und die Privilegien in Mitteleuropa abgeschafft hat. Wie Bebel und Liebknecht 1871 nach dem Sturze Bonapartes, verlangen heute die Pariser Arbeiter einen ehrenvollen Frieden, einen Rechtsfrieden, einen republikanischen Frieden für die deutsche Republik.

Das Große Hauptquartier in Kassel.

Kassel, 14. Nov. (ZM) Das Große Hauptquartier mit Generalfeldmarschall v. Hindenburg an der Spitze wird heute vormittag in Wilhelmshöhe entziffen und im hiesigen Schlosshotel, das schon gestern für die Aufnahme Vorkehrungen getroffen hat, Wohnung nehmen.

Schweizer Hilfe für die deutsche Ernährung.

Berlin, 14. Nov. (ZM) Die Schweizer Regierung hat sich bereit erklärt, nach besten Kräften die deutsche Volksernährung sichern zu helfen und der deutschen Volksernährung zu diesem Zwecke jede Unterstützung angedeihen zu lassen. Sie setzt jedoch dabei voraus, daß die gegenwärtige Regierung nicht von einem anderen Regime oder der Anarchie abgelöst wird.

Die Revolution in Belgien.

Haag, 14. Nov. (ZM) In ganz Belgien, besonders in Brüssel, herrscht ein Soldatenrat allerhöchster Richtung. In den Straßen wird andauernd gekämpft. Die Belgier beteiligen sich überall auf belgischer Seite. Es gab viele Tote und Verwundete. Eine große Gefahr bilden die deutschen Waffenbestände.

Internie

Stockholm, 14. Nov. (ZM) Gestern nachmittag wurden von der Karlskrona-Seefestung fünf deutsche U-Boote gesichtet, die die deutsche Vörsenflagge hielten. Der schwedische Befehlshaber gab Ordre, den U-Booten entgegenzufahren. Nachdem der Führer des U-Boots 124 mitgeteilt hatte, daß sie in Schweden interniert zu werden wünschten, weil sie sich der revolutionären Regierung nicht unterzuordnen beabsichtigten, durften die U-Boote entwaffnet in Karlskrona einlaufen. Die Mannschaften wurden interniert. — „Dagens Nyheter“ zufolge ist gestern früh ein deutscher Hilfskreuzer vor Malms auf der Kallgrunde gestrandet. Dieser Hilfskreuzer gehört der gegenrevolutionären Fahnenfraktion der deutschen Flotte an, die von kaisertreuen Marineoffizieren auf Rügen geleitet wird. Der Kreuzer wünschte gleichfalls Internierung in Schweden.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Bed.

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

Sperrung der Schloßterrasse.

Der Treppenaufgang zum Schloß wird wegen Vornahme dringender Instandsetzungsarbeiten, bis auf weiteres gesperrt.

Herborn, den 14. November 1918.

Die Polizei-Verwaltung:
Der Bürgermeister: Birkenbach.

Füll-Ofen

zu verkaufen.

Kaiserstraße 18.

3-Zimmerwohnung mit Mansarde oder größere Wohnung, auch Einzelhaus, evtl. auf dem Lande wird für bald oder 1. April 1919 zu mieten gesucht.

Angebote an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Kaufe

Schlachtpferde

zu den höchsten Tagespreisen. Unfälle werden schnell erledigt. Zahle hohe Prov. für Vermittelung.

J. Schwarz, Siegen, Lenstraße 3. Telefon 361.

Die gegen die Ehefrau Adolf Krimmel v. Fräulein Maria Laumann ausgesprochene Beleidigung nehme hiermit unter dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Herborn, 11. Nov. 1918.

W. Schmidt, Alsbach.

Gefunden:

1 Kinderpelzkragen

Die Polizei-Verwaltung.

Öffentliche Bekanntmachung.

Im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat wird hiermit folgendes angeordnet:

1. Alle Wirtschaften sind spätestens um 12 Uhr nachts zu schließen.
2. Nach 12^{1/2} Uhr nachts darf sich niemand mehr auf den Straßen aufhalten.
3. Musikinstrumente in Wirtschaften dürfen an Sonntagen bis 11^{1/2} Uhr, an Wochentagen bis 11 Uhr nachts spielen.

Herborn, den 13. November 1918.

Der Bürgermeister: Birkenbach.

Von jetzt ab kann dem Bullen nur von 11—12 Uhr vormittags Vieh zugeführt werden.

Herborn, den 14. November 1918.

Der Bürgermeister: Birkenbach.

Versteigerung.

Am kommenden Montag, den 18. November 1918, (Martini Markt) von vormittags 10 Uhr ab, bringe ich im Saalbau Mehler, hier, folgende Sachen zur öffentlichen Versteigerung:

1 Breakwagen mit Patentachsen (Geschäftswagen), 1 Segeltuchverdeck, 2 neue Wagenlaternen, 1 Gaslampe mit großer Glasglocke, 3 Trummsägen, 1 gute Fleischmaschine, 5 Kochherde 2 Anrichten, 1 Bratmaschine, 1 Ofen, 1 Sofa, 2 Zentrifugen (gut), Nähmaschinen, Armbänder und dergleichen mehr.

Herborn.

Ferd. Nicodemus.

Herborn.

Montag, den 18. November d. Js.

Martinimarkt.

2 Zimmerleute u. Plazarbeiter

sofort gesucht.

Wilhelm Reuter, Herborn.

32 Stück Milchseparatoren

(Marke Melette) 100 und 240 Liter Stundenleistung mit Eisenständer,

garantiert reine Friedensware, sowie

10 kleinere Maschinen

(für 1 Kuh) sofort ab Lager lieferbar.

Karl Sahm, Gufternhain (Dillkreis).

Größere Anzahl

Arbeiter

für unsere verschiedenen Betriebe zum sofortigen Eintritt gesucht.

W. Ernst Haas & Sohn,
Neuhoffnungshütte bei Sinn.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute vormittag 11 Uhr entschlief nach kurzem Krankheitslager in dem Herrn, mein lieber herzensguter Gatte, unser treu sorgender Vater, Schwiegervater und Großvater, der

Bürgermeister Albert Stahl

nach vollendetem 59. Lebensjahre.

Münchhausen, den 13. November 1918.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Stahl
Familie Lehr.

Die Beerdigung findet Samstag, den 16. November, nachmittags 1/3 Uhr statt.